

PRESSEINFORMATION 45/2025

US-Handelspolitik belastet baden-württembergische Wirtschaft massiv Gemischte Reaktionen auf Zoll-Deal – Paal: Europa muss stärker und innovativer werden

Stuttgart, 6. August 2025 – Der „Deal“ zwischen der EU und der Trump-Administration sorgt für Aufregung. Dabei hat die US-Handelspolitik schon jetzt spürbare und teils gravierende Folgen für die exportorientierten Unternehmen in Deutschland und Baden-Württemberg. Das zeigt eine aktuelle Blitzumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), an der mehr als 3.300 Unternehmen teilgenommen haben – davon gut ein Zehntel aus dem Südwesten.

„Das handelspolitische Agieren der aktuellen US-Regierung kennt keine Gewinner, sondern nur Verlierer“, stellt Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK), klar. „Zölle waren und sind der falsche Weg. Sie behindern Wettbewerb und damit Fortschritt.“

In der Umfrage berichten 86 Prozent der befragten Unternehmen in Baden-Württemberg von negativen Auswirkungen der bisherigen US-Handelspolitik und damit deutlich mehr als bundesweit (72 Prozent). 21 Prozent der Südwest-Firmen sehen sich sogar in erheblichem Umfang betroffen (15 Prozent im Bundesschnitt). Die Konsequenzen sind selbst für Unternehmen ohne direkte Geschäftsbeziehungen in die USA indirekt spürbar.

Zölle und Unsicherheit als Hauptprobleme

Als größte Belastung nennen die betroffenen Unternehmen mit einer überwältigenden Mehrheit von 80 Prozent die Unsicherheit und mangelnde Zuverlässigkeit der US-Zollpolitik. „Dies lässt immerhin hoffen, dass wir nun mehr Planbarkeit und Berechenbarkeit bekommen“, erklärt Paal. „Denn die Einigung mit der Trump-Administration schafft klare Verhältnisse, sofern sie Bestand hat.“

Weitere zentrale Probleme sind laut Umfrage die Höhe des „Basiszollsatzes“ von künftig 15 Prozent, die kostenintensiven und bürokratischen Zollverfahren und die geringere Wettbewerbsfähigkeit auf dem US-Markt. Weiter werden die Exportkontrollen und sektorale Zölle vor allem bei Produkten aus Stahl und Aluminium angegeben – hieran nehmen die Südwest-Betriebe überdurchschnittlich Anstoß.



Automotive-Branche besonders betroffen

Es fällt auf, dass in Baden-Württemberg ein Viertel der Firmen die von den Zöllen verursachten Mehrkosten selbst tragen und nicht an die US-Kunden weitergeben will – bundesweit geben das nur 15 Prozent an. Dies betrifft vor allem die Autoindustrie. „Die Kosten für Trumps Zölle tragen in vielen Fällen die amerikanischen Verbraucher, da die Unternehmen ihre Kosten soweit möglich als Preiserhöhungen weitergeben müssen“, erläutert Paal. „Auf dem Automobilmarkt sind die US-Verbraucher aber nicht ohne weiteres bereit, einen beliebigen Aufpreis für deutsche und europäische Autos zu bezahlen. Das ist ein massiver Nachteil für unsere exportierenden Unternehmen der Automotive-Branche in Baden-Württemberg.“

Hoffnung auf mehr Stabilität, aber keine Entwarnung

Obwohl ein Teil der Betriebe auf Entlastung durch den neuen EU-US-Deal hofft, bleibt Skepsis bestehen: 38 Prozent der Unternehmen mit US-Geschäft erwarten weiterhin negative Auswirkungen, während 30 Prozent mit einer spürbaren Entlastung rechnen. „Europa muss dringend wieder auf den richtigen Weg zurückfinden – Vorfahrt für Innovation und wirtschaftliche Stärke anstatt selbstverliebter Regulierungswahn“, fordert der BWIHK-Vizepräsident. „Unsere schwache Verhandlungsposition gegenüber dem amerikanischen Präsidenten muss Europa wachrütteln.“ Nur vereint könne es gelingen, zu stabilen, planbaren und fairen internationalen Handelsbeziehungen zurückzufinden. Paal abschließend: „Unsere Unternehmen brauchen Verlässlichkeit – kein Pokern mit Zolltarifen.“

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Oliver Kreh
Telefon 0711 2005-1221
E-Mail: oliver.kreh@stuttgart.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.